



**Bürger
initiative**
Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg

Gorleben Rundschau

Juli / August 2013 • # 1010 / 1011



Demo in Gorleben

Unser langer Atem

6025 Unterschriften

Kampagne der BI erfolgreich

Mali

Everything stops with mining

It all starts with mining!

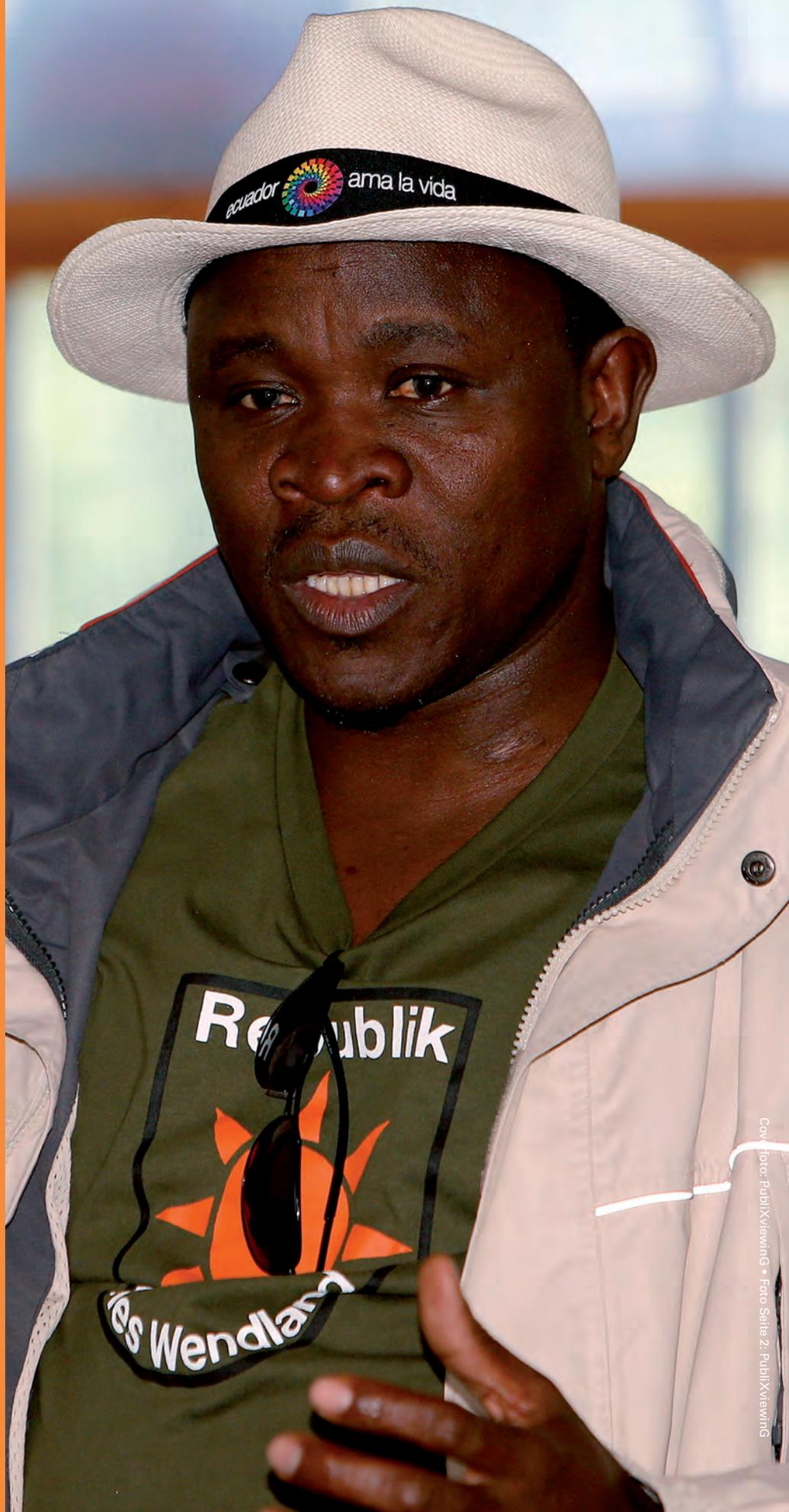
Die Nichtregierungsorganisation CESOPE* in Tansania wurde gegründet, weil Information und Bildung die einzige Chance gegen Armut und für nachhaltige Nutzung von Ressourcen sind und diese Basis des menschlichen Lebens. Die Zerstörung dieser Grundlage ist eine große Gefahr im 21. Jahrhundert. Sie resultiert aus menschlichen Aktivitäten und Entwicklungsproblemen, die besser kontrolliert und damit minimiert werden könnten. Die Aufgabe von CESOPE ist darum der rege Austausch mit Menschen aus Tansania und anderen Nationen, um Potenzial für sozioökonomische Entwicklung und Bewusstsein für die globale Umweltkrise zu schaffen.

Gerade sind wir sehr besorgt um die Gesundheit der Menschen im Bahi Sumpfgebiet, einem sehr fruchtbaren und fischreichen Gebiet. Nun wird in diesem Gebiet nach Uran gebohrt und das Wasser durch Chemikalien in der Bohrflüssigkeit verseucht. Haut- und Augenreizungen der Farmer sind seitdem an der Tagesordnung. CESOPE versucht, Institutionen und politische Führung zu involvieren und Medien aufmerksam zu machen. Seitdem sieht sich CESOPE einem massiven Druck ausgesetzt und als Vorsitzender wurde ich persönlich bedroht. Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg und andere Partner haben mir deshalb geholfen, Tansania für eine Weile zu verlassen und in Deutschland weitere Unterstützung zu organisieren. Am 2. Juni bin ich nach Afrika zurückgekehrt, um mich der Anklage zu stellen. Die Auseinandersetzung um Gorleben ist die gleiche wie in Tansania, um den Uranabbau zu stoppen. Darum ist es Zeit, uns zu verbünden. Als einzig richtigen Weg zur Lösung: Kein Uranabbau – kein Atommüll!

Anthony Lyamunda
CESOPE Tansania

* civil education is solution for poverty and environmental management

GRUSSWORT





Liebe Leserinnen und Leser,

wer hinter dem Elbdeich wohnt, hat in der letzten Zeit mit Sorge auf die Pegelstände geschaut. Tausende Helferinnen und Helfer haben hier im Wendland dazu beigetragen, die Deiche zu sichern. Hier bei uns ist das noch einmal gutgegangen. Wenn aber keine Lehren aus der raschen Folge von „Jahrhunderthochwassern“ gezogen werden, wenn keine Überflutungsflächen geschaffen werden und wenn nicht die Klimapolitik gravierend geändert wird, dann ist absehbar: das wird sich wiederholen.

Buchstäblich ins Wasser gefallen sind in der letzten Zeit einige Aktionen, und dann auch wieder nicht: Aus Fukushima kamen Chieko Shiima und Yosuke Oda. Mit ihnen wollten wir nach Magdeburg trecken. Dort war ein Prozess anberaumt gegen Aktivisten aus dem Wendland.

IMPRESSUM

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. Rosenstraße 20, 29439 Lüchow

redaktion@gorleben-rundschau.de
service@gorleben-rundschau.de
www.gorleben-rundschau.de

Verantwortliche Redakteure:
Andreas Conradt, Torsten Koopmann
(Anschrift wie oben)

Redaktion: Torsten Koopmann, Jan Becker,
Franziska Behn, Andreas Conradt,
Andrea Hagen

Gestaltung: Andrea Hagen

Druck: Buchdruckerei Otto Dennstedt,
Lange Straße 29, 29451 Dannenberg

Auflage: 4500

Gedruckt auf Recyclingpapier Cyclus Print

Sie hatten bei einer Zwischenkundgebung in Morsleben beim legendären Treck 2009 von Gorleben nach Berlin am Zaun gerüttelt. Schließlich mündete die Aktion im September 2009 in eine großartige Anti-Atom-Manifestation mit 50.000 Menschen und über 400 Traktoren in Berlin – gegen die drohende Laufzeitverlängerung und gegen Gorleben als Endlagerstandort.

Der Prozess wurde erst wegen des Hochwassers abgesagt und schließlich gegen eine Geldbuße zugunsten der Hochwassergeschädigten ganz eingestellt.

Aber mit Chieko und Yosuke machten wir uns dennoch auf den Weg nach Berlin. Über 6000 Menschen hatten unsere Petition „Atommüll-Alarm“ unterzeichnet. Wir rütteln am Entwurf für das „Endlagersuchgesetz“ und fordern unverdrossen ein, dass auch hier aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt wird. Wir sa-

gen nicht nein zu einem Gesetz, aber zu diesem Gesetz. Denn ohne eine qualifizierte Beteiligung der Zivilgesellschaft, ohne die Aufgabe Gorlebens gibt es keinen ehrlichen Neustart der Endlagersuche.

Noch genauer schaut der Anwalt Nikolaus Piontek in den Gesetzentwurf. Mit Sorge betrachtet er die Zusammensetzung der Bund-Länder-Kommission, die Vorschläge für Sicherheitskriterien entwickeln soll, die aber von den Parteien dominiert wird. So wird das nichts!

Deshalb starten wir schon wieder durch und sagen, wir haben den längeren Atem. Bei einem Widerstandsmarathon am 24. und 25. August wollen wir das unter Beweis stellen. „Wir laden herzlich dazu ein.“ Der Widerstand hat viele Beine, eine große Puste und die besseren Argumente. Kommt uns gerne besuchen. (L)auf geht's!

Martin Donat, Vorsitzender der BI

„SORGE MACHT MIR DIE BESETZUNG!“

Rechtsanwalt Nikolaus Piontek über die Bund-Länder-Kommission



Die Begleiter der bisherigen Endlagerdiskussion äußern sich nach 37 Jahren Gorleben-Erfahrung skeptisch über die im neuen Endlager-suchgesetz vorgesehene Bund-Länder-Kommission. Die wurde ihnen in letzter Minute und neben der vorgeesehenen staatlichen Regulierungsbehörde eingeräumt.

Sie soll die „für das Auswahlverfahren relevanten Grundsatzfragen für die Entsorgung radioaktiver Abfälle“ untersuchen und bewerten und Handlungsempfehlungen erarbeiten. So soll also nachgeholt werden, was selbstverständlich vor die Herstellung des unermesslich lange gefährlichen Materials gehört hätte. Für die Politik hatte das Interesse an zentral gesteuertem und wirtschaftsfreundlichem Stromreichtum Vorrang vor der Entsorgungsproblematik. Kann die Kommission dafür sorgen, dass das Versprechen der Politik wenigstens jetzt noch eingehalten wird?

Mehrere Grundfragen der Entsorgung hochradioaktiver Abfälle wurden bislang nicht geklärt. Sie wurden mit dem Vorgehen in Gorleben durch Schaffen von Fakten übergangen und das Ergebnis gegen Kritik verteidigt. Zum Beispiel sind die Optionen „Sofortige Endlagerung in tiefem Gestein mit oder ohne Rückholbarkeit“ und „Längere Zwischenlagerung mit Entwickeln neuer Techniken“ nicht gegeneinander abgewogen worden. Die Bedeutsamkeit der gewählten geologischen Formation für die Langzeitsicherheit wurde nie ernsthaft geprüft, stattdessen mit dem Konstrukt des „einschlusswirksamen Gebirgsbereichs“ relativiert. Anforderungen an Lagertechnik und Konditionierung der Abfälle sind nicht in dem Zu-

sammenhang mit der geologischen Beschaffenheit möglicher Standorte geprüft worden.

Vor allem aber fehlt die Auseinandersetzung mit der ethischen Frage danach, wie viel Optimierung bei Suche und Herstellung des Endlagers verlangt werden muss und was die Suche nach dem „bestmöglichen Standort“ begrenzt. Naturschutz? Kosten? Bürgerprotest? Standortbesiedlung? Oder was sonst? Sich hiermit auseinanderzusetzen haben die Endlagerplaner bislang gescheut. Sie behaupten, Endlager werden nicht gesucht, sondern gebaut. Der Standort spiele also keine Rolle und Vergleiche seien ohnehin nicht möglich. Jeder einschlusswirksame Gebirgsbereich hinreichender Größe und Beschaffenheit komme in Frage. Das ist eine nahe liegende Strategie zur Verteidigung von Gorleben und zum Vermeiden der Kosten einer sorgfältigen Suche und Abwägung. Dieses Konzept verzichtet auf Optimierung unter Inkaufnahme radioaktiver Belastung bis zu den Grenzwerten und des nüchtern betrachtet kaum berechenbaren Risikos (über eine Million Jahre Prognosezeitraum) der Überschreitung dieser Werte.

Wenn sie Sinn haben soll, wird die Kommission diese Frage beantworten müssen. Sie wird prüfen müssen, wie viel unsere Gesellschaft bei der Endlagerung zulasten der Zukünftigen sparen darf. Das kann sie nur, wenn sie für diese Aufgabe richtig besetzt ist.

Atompolitik und Entsorgungsstrategien haben lebhaftes Hin und Her hinter sich. Sie waren nie konsistent über die erforderlichen Planungszeiträume, sondern Spielball von Interessen und Politik. Das Parlament hat gerade wieder erschreckend

bestätigt, dass es auch bei der Entsorgung über sein Alltagsgeschäft hinauszudenken nicht in der Lage ist. Die grotesk gegensätzlichen Abschlussbewertungen der Parteien beim Untersuchungsausschuss zur Geschichte Gorlebens zeigen das wieder einmal deutlich. Viele dieser Akteure haben nur den jeweils von der Partei vorgegebenen Standpunkt im Sinn. Zu sehr sind Politiker auch Interessenvertreter – beispielsweise der Wirtschaft, die Gorleben verteidigt mit dem Konzept „Wir liefern die notwendige Qualität, mehr nicht“.

Die Kommission wird deshalb ihre Aufgabe nicht erfüllen können, wenn sie zur Hälfte von Politikern besetzt bleibt. Ihnen fehlen nicht nur die Kenntnisse, um das komplexe Gebilde von technischen Daten, naturwissenschaftlichen Details einerseits, und Interessen und Argumenten andererseits zu durchschauen. Das lässt sich erwerben, wenn man sich die Zeit dazu nimmt. Schwer vorstellbar ist allerdings, dass sie alle die notwendige Unabhängigkeit von der kurzfristigen politischen Wetterlage und regionalen sowie wirtschaftlichen Interessen aufbringen werden. Hinzu kommt: Selbst wenn sich die Kommissionspolitiker um eine gute Arbeit bemühen, wird ihnen die Öffentlichkeit das nach den bisherigen Erfahrungen nicht zutrauen und jedes Ergebnis nur schwer akzeptieren.

Wir brauchen deshalb eine andere Besetzung der Kommission. Es müssen in der Mehrheit Menschen berufen werden, die so unabhängig, kenntnisreich und vertrauenswürdig sind, dass ihr Votum zu den Grundfragen der Entsorgung der hochradioaktiven, wärmeentwickelnden Abfälle für die Gesellschaft akzeptabel wird. Wenn der Politik der Mut fehlt, das zuzulassen, wird sie ihre so stolz mit dem Entwurf gegebene Ankündigung der Lösung der Endlagerproblematik vergessen müssen.

Einzig richtig wäre es also, die Bund-Länder-Kommission nicht mit Politikern und Interessenvertretern zu besetzen, sondern mit kundigen, geachteten und unabhängigen Menschen, die den versprochenen neuen Weg bei der Endlagersuche wirklich ebnen können.

HEIMATHAFEN GORLEBEN

von Andreas Conradt

Es hätte so ein ruhiger Morgen werden können im Wachhäuschen des sogenannten Erkundungsbergwerks im Wald bei Gorleben – aber daraus wurde nichts. Kurz nach dem Morgengrauen war erst ein leises Summen zu hören. Es steigerte sich zu dumpfem Grollen und endete schließlich im Gebrüll der Dieselmotoren von 19 Tiefladern. Als sie zischend zum Stehen kamen und der Staub des Waldwegs, über den die LKW aus Gründen der Geheimhaltung gekommen waren, sich gelegt hatte, glaubten die Bergleute und Wachmänner ihren Augen nicht zu trauen: Greenpeace hatte ein dreißig Meter langes Schiff in den Wald transportiert. Zerlegt zwar in acht Teile, aber doch deutlich erkennbar als die 2004 ausgemusterte „Beluga“, Stahl gewordener Protest.

Mehrere Jahrzehnte war das ursprünglich für die Bremer Feuerwehr gebaute Schiff mit Greenpeace-Aktivisten gegen die Atomenergie im Einsatz. Da lag es nahe, die letzte Ruhestätte der „Beluga“ an dem Ort einzurichten, der wie kein zweiter für eine verfehlte Atompolitik steht: Gorleben.

Vier Tage hatten die mitgereisten Werftarbeiter Zeit, das in unförmige Einzelteile auseinander geflexte Schiff wieder in die „Beluga“ zu verwandeln. Tagelang wurde geschweißt, geflext und lackiert und schließlich die Lettern des Schiffsnamens wieder am Schanzkleid angebracht: B-E-L-U-G-A. Dazwischen gab es viele Begegnungen mit ungläubig staunenden Touristen, die eigentlich für die Kulturelle Landpartie ins Wendland gekommen waren. Auch die Polizei schaute gelegentlich vorbei und schien beeindruckt. Und so ganz ohne Beachtung konnten auch die Beschäftigten im „Erkundungsbergwerk“ nicht am Schiff vorbeifahren.

Sichtlich gerührt aber war Günter Hermeyer, Vorstandsmitglied der Bürgerinitiative: „Ich stehe hier vor dem Beginn meines jahrelangen Kampfes gegen Atomenergie, die Castortransporte und gegen das Endlager.“ Zusammen mit weiteren 40 Aktivisten hatte Günter das damalige Feuerwehrschiff vor vielen Jahren für Greenpeace in Empfang genommen und anschließend geholfen, es in die „Beluga“ umzubauen. Damals begann seine politische Arbeit, die er heute in der BI und im Engagement gegen den Uranabbau in Afrika fortsetzt. „Hier schließt sich ein Kreis für mich!“

Viel zu schnell kam der Freitag, der Tag der feierlichen Einweihung. Die Familie Graf von Bernstorff hatte sich bereit erklärt zu kommen, und die wendländischen Bauern hatten per Zeitungsanzeige angekündigt, das Bild der frisch restaurierten Beluga mit ein paar widerständischen Treckern garnieren zu wollen. Ein gutes Zeichen, denn was wäre eine Aktion im Wendland ohne Bauern und Trecker?

Und dann kamen sie wirklich: Die Bauern, die Trecker, die alten und die jungen Widerständler, ein paar Landpartie-Besucher und eine ganze Reihe Redner. Und am Heck schlich sich ein junger Mann mit Pinsel unbemerkt davon: Er hatte eben noch letzte Hand angelegt und da, wo bisher der Heimathafen „Hamburg“ stand, „Gorleben“ hingemalt. Also, liebe „Beluga“: Willkommen daheim! *



Die einzelnen Komponenten des Endlagersuchgesetzes sind falsch und lückenhaft, die Reihenfolge der Komponenten ist absurd und die Akteure voreingenommen.

Der Gesetzentwurf

Das neue Gesetz wird von der Bürgerinitiative (BI) und allen Umweltverbänden und Anti-Atom-Initiativen abgelehnt, weil es Gorleben trotz geologischer Mängel als möglichen Standort nicht ausschließt und weil es eine Bürgerbeteiligung nur vorspielt. Die BI befürchtet, dass das Gesetz der Zementierung von Gorleben dienen soll.

Das Bürgerforum

Über 140 Organisationen haben ihr grundsätzliches Interesse am Bürgerforum erklärt, lehnen aber eine Mitwirkung an einer Veranstaltung ohne Auswirkung ab. Sobald die Politik ihre Verweigerungshaltung aufgibt und bereit ist, zusammen mit der Zivilgesellschaft einen Konsens über das Suchverfahren zu entwickeln, werden viele Stühle, die am ersten Juniwochenende leer geblieben sind, besetzt sein.

Die Bund-Länder-Kommission

Die BI lehnt die Bund-Länder-Kommission ab, weil diese erst nach der Verabschiedung des Gesetzes eingerichtet werden soll und weil sie nur Empfehlungen aussprechen darf, die der Bundestag dann annehmen kann – aber nicht muss. Die Besetzung der Kommission mit zwölf Politikern und mehreren Vertretern der Atomwirtschaft birgt die Gefahr, dass der Standort Gorleben aus politischen und ökonomischen Interessen gesetzt bleibt.

Die Castortransporte

Die BI hält das Gerangel um die derzeit ausstehenden 26 Castortransporte für untergeordnet wichtig. Sie bewertet das Versprechen von Bundesumweltminister Altmaier, keine weiteren Castoren ins Wendland zu bringen, für einen Schachzug, der vor allem ihm und seiner Partei nützen soll: Zuckerbrot, um den Widerstand zu schwächen, dann die Peitsche, wenn das Ziel für Castoren und Endlager doch wieder Gorleben heißt.

Schwarzbau im Salz

Seit der Benennung 1977 wird der Salzstock Gorleben als einziger möglicher Standort auf die Tauglichkeit zur Lagerung von Atommüll geprüft. Die über-tägige Erkundung begann 1979 und dauerte bis 1983. Aus Protest besetzten am 3. Mai 1980 etwa 5 000 Atomkraftgegner die Tiefbohrstelle 1004, riefen die Republik Freies Wendland aus und bauten ein Hüttendorf. 1986 begannen die untertägigen Arbeiten und damit die Errichtung des Erkundungsbergwerks. Gegner sehen darin allerdings einen Schwarzbau, da das Bergwerk für die reine Erforschung viel zu großzügig aufgeföhren wurde. Zurzeit ruhen die Arbeiten – wie schon während des Moratoriums von 2000 bis 2010. Entgegen immer wieder gehörter Äußerungen befindet sich noch kein Atommüll im Salz. Er lagert stattdessen im Zwischenlager auf der gegenüberliegenden Seite der Straße von Gorleben nach Gleditz. Bergwerk und Zwischenlager haben geografisch und rechtlich nichts miteinander zu tun. Befürworter erklären, dass bislang nichts gegen Gorleben spräche, Gegner sehen den Standort schon lange geologisch und politisch verbrannt. *Andreas Conradt* ✨

In eigener Sache

Wir bitten Euch um Nachricht, wenn die Zusendung der Gorleben Rundschau nicht erwünscht ist, denn das spart uns Geld.

Tel.: 05841 – 4684

service@gorleben-rundschau.de



Jeden Sonntag 13 Uhr: Demonstrativer Spaziergang um den Schwarzbau Gorleben

Immer am Zaun lang

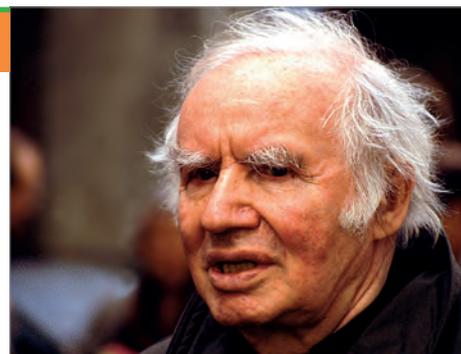
PROTEST-DAUERBRENNER Die damaligen Pläne der neu gewählten schwarz-gelben Bundesregierung, die Laufzeiten für Atomkraftwerke in Deutschland zu verlängern, haben viele große Protestaktionen hervorgebracht. Und kleine. In Gorleben hat eine davon bis heute überdauert: Seit Oktober 2009 spazieren jeden Sonntag Menschen die rund zweieinhalb Kilometer lange Strecke um das Gelände des sogenannten Erkundungsbergwerks. Anfangs richtete sich ihr Protest gegen die Laufzeitverlängerung, heute demonstrieren sie gegen das drohende Atommüllendlager. Dabei schwankt die Zahl der Teilnehmer deutlich: „Wir waren schon mal nur zu zweit“, so ein Teilnehmer, „bei besonderen Anlässen kommen aber auch schon mal 500 Leute.“ Insgesamt sind in den vergangenen dreieinhalb Jahren rund 5 000 Gorleben-Gegner um das Gelände spaziert – mal von mehr, mal von weniger Wachpersonal und Polizei beügt. Am 25. August wiederholt sich das Ritual zum 200. Mal. „Und wir machen weiter: Bis zur Schließung und Verfüllung des Salzstocks werden wir jeden Sonntag unseren Protest zeigen.“ *Andreas Conradt* ✨

VOR 100 JAHREN

In Memoriam

Etwas verspätet kommt in dieser Ausgabe das Gedenken an einen Mann, dem die BI sehr viel zu verdanken hat und dessen Geburtstag sich am 11. Mai zum 100. Mal jährte: Robert Jungk, der einsame Rufer in der Wüste, der als „lebende Alarmglocke“ durch die Lande zog, sein Wissen verständlich, aber unmissverständlich denen mitzuteilen, die ihn riefen. Wir begegneten uns erstmals am 19. Februar 1977 in Brokdorf. Die Standortentscheidung für das Nukleare Entsorgungszentrum sollte am 22. Februar bekannt gegeben werden. Wo würde es sein? Im Landkreis Uelzen? Im Kreis Lüchow-Dannenberg? „Wenn ihr mich braucht, komme ich“, waren seine letzten Worte beim Davoneilen, dem

Demozug hinterher. Am 23. Februar rief ich „Bob“, wie er liebevoll von seinen Freunden genannt wurde, an. „Ich bin da!“ war die Antwort. Bei der ersten Großdemonstration – im März 1977 auf der verbrannten Waldfläche in Trebel – stand er zusammen mit dem Dichter Nicolas Born und dem Ur-Grünen Heinz Brandt auf dem Lautsprecherwagen. Ich weiß nicht mehr, wie oft er danach bei uns war; ich weiß nur, dass ihm an diesem Tag rund 700 Menschen atemlos zuhörten. Er prägte unsere Generation, seine „Zukunftswerkstätten“ prägten die nachfolgenden. Seine Bücher waren für uns ein Muss! Dem Visionär, dem Rebellen, dem Zukunftsforscher, dem bescheiden gebliebenen Menschen bepackt mit



Rucksack, Reiseschreibmaschine und Tüten voller Zeitungen, begegnete man fast immer auf den Bahnhöfen in der Nähe der Brennpunkte. Wer seinen „Atomstaat“ nicht gelesen hat, sollte dies nachholen; wer mehr über den großen Menschenfreund wissen will, dem empfehle ich seine Autobiographie „Trotzdem – Mein Leben für die Zukunft“. Dem 16. Kapitel gab er die Überschrift: „Geben Sie nicht auf!“ *M. Fritzen* ✨

Petitionsübergabe in Berlin

Die Aktion „Atommüll-Alarm“ war mit über 6000 Unterschriften ein voller Erfolg. Das Ziel von 5000 Unterzeichner / -innen wurde damit weit übertroffen. Die BI hatte die Menschen aufgerufen, bis zum 1. Juni die Petition „Atommüll-Alarm“ zu unterstützen und damit ihre Stimme gegen das von der Bundesregierung geplante Endlagersuchgesetz abzugeben. Genau 6025 Menschen sind diesem Aufruf gefolgt und haben damit klargemacht, dass eine Endlagersuche in dieser Form mit ihnen nicht zu machen ist.

Die gesammelten Unterschriften wurden am 10. Juni in Berlin übergeben. Mit viel Lärm und einem Affentheater im Gepäck waren Vertreter der BI zum Abschluss der Aktion in die Hauptstadt gereist. Unterstützt wurden sie dabei nicht nur von Aktivisten von Anti-Atom Berlin, sondern auch von Menschen aus Japan, die zu diesem Zeitpunkt Gäste der Bürgerinitiative waren. Der 10. Juni wurde gewählt, weil an diesem Tag die Anhörung der Verbände vor dem Umweltausschuss des Bundestages stattfand. Es sollte über den Gesetzentwurf der Bundesregierung beraten werden. Eva Bulling-Schröter, zurzeit Vorsitzende des Umweltausschusses, nahm die Unterschriften entgegen und wird sie Umweltminister Peter Altmaier vorlegen. Wir erwarten, dass unsere Bedenken ernstgenommen und unsere Forderungen erfüllt werden. Mit dem Ende der Aktion ist natürlich unser Widerstand gegen das Gesetz noch lange nicht beendet. Wir werden uns weiter einmischen und versuchen, dieses Gesetz – voll von Fehlern und Unverantwortlichkeiten – auf den letzten Meter zu kippen.

Ohne die Unterstützung vieler befreundeter Organisationen und Initiativen wäre dieser Erfolg nicht möglich gewesen. Und auch den vielen Menschen, die nicht nur selber unterschrieben, sondern auch Umarmungen an Unterschriften gesammelt haben, gilt unser Dank.

Lennart Müller *

Unterstützt wurde die Aktion „Atommüll – Alarm“ von

contrAtom - BI gegen Atomanlagen Uelzen - Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus e.V.“ - Anti Atom Berlin - BAYERN ALLIANZ für Atomausstieg und Klimaschutz - Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. - SofA Münster – XAMBA: Percussion & Widerstands-Trommelgruppe aus dem Wendland & Drumrum - WAAG Wolfenbütteler AtomAusstiegs-Gruppe - Cattenom Non Merci - Lüneburger Aktionsbündnis gegen Atom (LAGA) - Anti Atom Plenum Köln - Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen - Naturfreunde Deutschlands - Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e.V. - AntiAtomFreiburg - ausgeCO2ht - BISS e.V. Bürgerinitiative StrahlenSchutz Braunschweig



Bund und Länder haben sich am 9. April auf die Grundzüge eines Endlagersuchgesetzes verständigt. Als einen Beitrag zur Befriedung des gesellschaftlichen Großkonflikts, wie mit den hochgiftigen und hochradioaktiven Hinterlassenschaften des Atomzeitalters umgegangen wird, werteten die Akteure das Verhandlungsergebnis. Nach 35 Jahren sollte ein Schlusstrich unter Kungelei und Rauferei in Gorleben gezogen werden. Die Bürgerinitiative aber befürchtet die weitere Zementierung des Salzstocks im Wendland.

Das Gesetz, dem Regierung und Opposition mit Ausnahme der Linken zugestimmt haben, liest sich wie ein Querschnitt unterschiedlichster und widerstrebender Interessen. Einerseits wird es eine neue Superbehörde geben, das „Bundesamt für kerntechnische Entsorgung“ (BKE). Es soll die Erkundungsprogramme und standortbezogenen Prüfkriterien festlegen sowie Vorschläge für die Standortentscheidungen erarbeiten. Ein ähnlicher Arbeitsauftrag richtet sich aber auch an die Bund-Länder-Kommission. Diese Kommission, in der

den ungeeigneten, aber schon weitgehend ausgebauten Standort Gorleben ad acta zu legen? Wie soll ein Gesetz ohne Beteiligung der Zivilgesellschaft Vertrauen herstellen? Da hilft auch ein gerade mal dreitägiges sogenanntes Bürgerforum als Alibi-Veranstaltung nicht weiter. Konsequenterweise hatten alle Umweltverbände und die Anti-Atom-Initiativen ihre Teilnahme am Forum Anfang Juni verweigert.

Gorleben durchzusetzen ohne eine vergleichende Standortsuche wird nicht gelingen. Diese Position vertritt der Präsident des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS), Wolfram König, schon lange, und auch die Regierungskoalition stellt sie nun als „Neustart“ der Endlagersuche dar. Von Gorleben aber wegzukommen und einen ehrlichen Neustart der Endlagersuche hinzukriegen, das gelingt mit diesem Gesetz auch nicht. Im Gegenteil: Gorleben wird als bestehender Standort festgeschrieben.

Der angebliche Neustart der Endlagersuche zielt darauf, einen Standort zu finden für „insbesondere“ hochradioaktive Abfälle. Das Wort „ins-

gen Zeitpunkt beschlossen werden? Überhaupt macht die Eile stutzig. Warum gibt es nur jetzt ein geöffnetes „Zeitfenster“ für die Einigung auf ein Suchverfahren? Warum sollte es, wenn wirklich ein Umdenken in der Bewertung der Atomkraft und nun auch bei der Endlagersuche gereift ist, nach den Wahlen schon wieder geschlossen sein? Die „Befriedung“ des Großkonflikts zielt eben auch auf Koalitionsmöglichkeiten, vor allem auf die Option Schwarz-Grün. Ist das das Ziel?

Das Gesetzgebungsverfahren wird zudem mit viel Klamauf begleitet: Es soll keine weiteren Castortransporte nach Gorleben geben. Fünf Behälter aus der französischen Plutoniumschmiede Cap de La Hague und 21 aus Sellafield stehen an und schon wird es – politisch – eng: Protest flammt auf, Länderegoismen treten zu Tage, niemand will diesen Müll in seiner Nähe. Protest gibt es auch an möglichen Standorten für die Endlagersuche, zum Beispiel in Bad Zwischenahn (Salz) und in Bayern (Granit). Doch auch in Niedersachsen plädiert die CDU inzwischen wieder für Gorleben als Ziel der nächsten Castortransporte. Motto: „Davon geht die Welt nicht unter.“

Der offiziellen Beteuerung aus Berlin, dass Gorleben nicht doch wieder Ziel der nächsten Castortransporte sein soll, schenkt die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg darum keinen Glauben: Die Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) hat die entsprechenden Anträge zur Einlagerung im Zwischenlager Gorleben schon gestellt, für andere Lagerstätten müssten die Kraftwerksbetreiber solche Genehmigungen erst noch einholen. Doch so ein Genehmigungsverfahren dauert in der Regel mindestens zwei Jahre und die GNS sieht dafür auch gar keine Veranlassung. So gibt es also widersprüchliche Interessen: die Gegner wollen nicht, dass Gorleben weiter als Endlagerstandort zementiert wird, Industrie und Politik wollen Ruhe im Wendland, damit der Atommüllkonflikt kaschiert werden kann. Aber der Castor-Streit lenkt ab vom Atomwülldesaster insgesamt. Und davon, dass der angebliche Neustart der Endlagersuche eben doch nur ein weiterer Schritt ist, Gorleben allen geologischen Mängeln zum Trotz als Standort für ein Atomwülldendlager zu zementieren. ✨

GESETZGEBUNG MIT KLAMAUF

Wolfgang Ehmke über den angeblichen Neustart der Endlagersuche

Parteienvertreter und von ihnen bestimmte Stakeholder vertreten sind, soll Sicherheitskriterien für die Endlagerung und Standortvorschläge erarbeiten und dann dem Bundestag vorlegen. Dieser kann die Vorschläge in das Gesetz einarbeiten – muss es aber nicht. Es ist also absehbar, dass im Streitfall der Wille des BKE geschehen wird. Die Doppelung kam zustande, weil das rot-grün regierte Niedersachsen eine Bremse einbauen und das Verfahren für Fachleute und Stakeholder öffnen wollte.

Das Vorgehen ist auch an anderer Stelle absurd: So wird zuerst das Gesetz beschlossen, dann erst beginnt die Beratung. Die kann durchaus folgenlos bleiben, denn wie soll sich eine Mehrheit von zwei Dritteln der Kommissionsteilnehmer finden lassen, die frei von Länder- und Partikularinteressen an Sicherheitskriterien arbeitet, die am Ende dazu führen,

besondere“ ist dabei Türöffner für den Bau einer Deponie, in der alle Abfälle, die nicht im Schacht Konrad gelagert werden dürfen, versenkt werden können, vor allem Abfälle aus der Urananreicherung, also organische, flüchtige und brennbare Stoffe. Es ist völlig ungeklärt, ob diese Abfälle zusammen mit hochradioaktiven, wärmeentwickelnden Abfällen in einer Deponie gelagert werden können. Wer weiß schon, welche Abfälle noch dazu kommen, sollte es wirklich gelingen, die Asse II zu räumen.

Es gibt also keine Klarheit über die Abfälle, die noch zu lagern sind – und immer noch laufen die Atomkraftwerke und produzieren weiteren Müll. Eine Debatte über die Abfallbilanzen hat es nie gegeben. Wenn aber nicht einmal klar ist, was alles gelagert werden soll, wie kann dann ein solches Gesetz zum jetzi-

DER SPRICHWÖRTLICHE LANGE ATEM

von Wolfgang Ehmke

Bis zur Sommerpause soll das Endlagersuchgesetz durch alle Instanzen gepeitscht werden. Das Affentempo hat einen Grund: Der ab Spätsommer anstehende Bundestagswahlkampf soll frei sein vom Thema Atom. Alle Parteien möchten dann Ruhe an dieser „Front.“ Dies sicherlich, um in Ruhe neue Koalitionsoptionen ins Kalkül ziehen zu können. Doch die Ruhe auf dem Lande wird es nicht geben!

Der Streit um die Frage, wohin mit dem Atommüll, wird immer wieder aufbrechen, denn immer noch laufen Atomreaktoren und produzieren nicht nur Atomstrom, sondern eben auch zusätzlichen Müll. Die Debatte um den angeblichen Neustart der Endlagersuche wird spätestens dann aufflammen, wenn die Bund-Länder-Kommission konstituiert wird. Berechtigter Protest an anderen Orten ist absehbar, weil ein Parteienkonsens kein gesellschaftlicher Konsens ist.

Heimlicher Favorit für den angeblichen Neustart der Endlagersuche bleibt allerdings: Gorleben! Dort gibt es ein Fasslager für schwach- und mittelaktive Abfälle, die Castorhalle, eine „Atommüll-Umpack-Anlage“ (Pilot-Konditionierungsanlage) und daneben den Schwarzbau, das sogenannte „Erkundungsbergwerk“. Die ganze Infrastruktur.

In der letzten Zeit hat die Bürger-

initiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) den Fokus auf die 35 Jahre Kungelei und Rauferei um das Endlagerprojekt gelegt. Seit der Entscheidung von Norbert Röttgen (CDU) 2011, den Baustopp aufzuheben, gab es ungezählte große und kleine Veranstaltungen, große und kleine Demonstrationen. Eine dieser Veranstaltungen, die den sprichwörtlich langen Atem des Widerstands repräsentiert, ist der Sonntagsspaziergang rund um den Schwarzbau. Am 25. August wird er zum 200. Mal stattfinden.

Für uns ein Anlass, den langen Atem unter Beweis zu stellen! Den werden wir brauchen, denn es ist überhaupt noch nicht klar, ob es keine Castortransporte mehr nach Gorleben gibt. Immer noch werden dort Atommüllfässer angeliefert. Darüber hinaus droht die Inbetriebnahme der Pilot-Konditionierungsanlage, in der Castoren geöffnet werden sollen, um Müll umzupacken. Womöglich sollen sogar Brennelemente zerschnitten werden, und natürlich geht das Gerangel um das Endlagerprojekt in Gorleben weiter.

Am 24. und 25. August, einem Wochenende, wollen wir den besagten langen Atem buchstäblich unter Beweis stellen. Wir werden laufen, gehen, reiten und Kutschfahrten rund um die Atomanlagen organisieren, 24 Stunden lang gegen den Gorle-

benkomplex. Geplant ist der Weg als Schleife um den Gebäudekomplex der Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) und den Schwarzbau, um den Zusammenhang zwischen den Anlagen aufzuzeigen.

Und unsere Logistik ist eine andere: Saft-, Kaffee- und Kuchenstände, Infostände, Debatten, Volkküche, Filmnacht und Kinderprogramm, Bands mit heißer Mucke und leisen Tönen. Der Widerstand ist in Bewegung. Denn: Wir lassen uns nicht täuschen und setzen auf die eigene Kraft. ✨

Einbruch im BI-Büro



In der Nacht zum 23. Mai wurde in das Büro der Bürgerinitiative in Lüchow eingebrochen. Zwar wurden alle Schubladen durchwühlt, doch glücklicherweise keine wesentliche Zerstörung angerichtet. Gestohlen wurde aber nicht nur ein Laptop und Kleingeld aus den Büroräumen, es wurde auch ein kleiner Tresor aus der Wand gebrochen und mitgenommen. Darin befanden sich außer einem Teil der Einnahmen der Kulturellen Landpartie auch 800 Euro, die speziell für ein Kinderkrankenhaus in Fukushima gesammelt worden waren. Der Betrag sollte Anfang Juni bei einem Empfang einer Delegation aus Japan überreicht werden. Nach Faktenlage kann nicht von einem politischen Motiv der Einbrecher ausgegangen werden, aber der Einbruch trifft uns doch sehr! Wir haben an die Diebe appelliert, zumindest das Geld für das Kinderkrankenhaus wieder herauszugeben.



Video



Japaner im Wendland

AKW-Gegner kämpfen heute gegen international operierende Konzerne, und nur durch eine gute Vernetzung ist es möglich, dieser Übermacht entgegenzutreten. Ein reger Austausch von Informationen und Meinungen ist dabei unerlässlich. Fast ein Jahr ist es her, dass Vertreter der Bürgerinitiative (BI) Japan und Fukushima besucht haben – nun war eine japanische Delegation im Wendland zu Besuch.

Hilfreich war dabei ein Treffen mit wendländischen Initiativen. Einen ganzen Abend wurde über Formen des Widerstands und die Situationen in Japan und Deutschland diskutiert. Die Gäste berichteten, dass die Vernetzung der Aktivisten immer besser funktioniert. Großen Anteil daran hat NAZEN (Nationalkonferenz für die sofortige Abschaltung aller Atomkraftwerke), die größte Anti-Atom-Initiative Japans und Dachverband für über 700 kleinere Gruppen.

Yosuke Ode, Vorsitzender von NAZEN und Teil der Delegation, erzählte uns von Demonstrationen mit mehr als 80 000

Menschen. Sie fordern nicht nur das Aus aller Atomanlagen, sondern auch den Rücktritt von Premierminister Abe, dessen Regierung weiter auf Atomkraft und Atombombe setzt. In Japan entwickelt sich eine Anti-AKW-Bewegung, die sehr genau weiß, was sie will.

Beim Besuch einer Windkraftanlage wurde dagegen über die Frage „Wie weiter nach der Atomkraft?“ gesprochen. In Japan wird das Thema erneuerbare Energien noch sehr vernachlässigt. Es gibt nur einige wenige Windkraftwerke und Solarzellen, und Energiegenossenschaften sind gänzlich unbekannt. Dass im Wendland schon mehr Strom aus erneuerbaren Energien gewonnen als verbraucht wird, wurde mit Begeisterung aufgenommen und ermunterte die Gäste, diese Techniken auch in Japan voranzutreiben. Emotional berührt hat die japanische Delegation das sonntägliche ökumenische „Gorlebener Gebet“.

Chieko Shina hatte außerdem Neuigkeiten zur unabhängigen Klinik in Fukushima im Gepäck. Im Gegensatz zu öffentlichen Krankenhäusern werden die Patienten dieser Klinik



nicht mit Floskeln abgespeist, sondern bekommen seriöse Hilfe. Seit der Eröffnung der Klinik konnten mehr als 400 Menschen behandelt werden. Da kam eine Spende der BI gerade recht. Seit dem Besuch von BI-Vertretern im letzten Jahr hatte die Bürgerinitiative aufgerufen, für die Klinik zu spenden, und so konnte Martin Donat 2800 Euro für die Klinik in Fukushima überreichen.

Der Besuch war ein weiterer Schritt hin zu einer Welt ohne Atomtechnologie. Die BI wird den Kontakt zu den Menschen in Japan aufrechterhalten und versuchen, sie auch weiterhin zu unterstützen. *Lennart Müller* ✨



KURZNACHRICHTEN

Aktionen und politische Arbeit

Zwischen Himmelfahrt und Pfingsten fand im Wendland erneut die **Kulturelle Landpartie (KLP)** statt. Der Ursprung der KLP ist der Widerstand gegen die Atomanlagen in Gorleben. In Mützingen war die BI mit einem täglich besetzten Infozelt vertreten. Leider wurde ein Großteil der Spenden kurz nach der KLP samt Tresor aus dem BI-Büro gestohlen (s. Bericht S. 9).

Während der KLP kam es zu einem besonderen Höhepunkt: Greenpeace richtete ihr ausgedientes Aktionsschiff **Beluga** als Mahnmal vor dem Salzstock Gorleben und protestierte damit gegen die verfehlte Endlagerpolitik der Bundesregierung (s. Bericht S. 5).

An etlichen „Wunderpunkten“ fanden im Rahmen der KLP Vorträge statt. Besonders gut besucht war der Vortrag von Günter Hermeyer zum **Uranab-**

bau in Mali. Ende April hatte die BI bei der Stiftung Ethecon die französische Atomfirma AREVA für den **Black Planet Award** 2013 vorgeschlagen.

An dieses Thema knüpfte auch die **Ökologische Filmreihe** mit dem Film „Atomic Africa“ an. Der Film beschäftigt sich mit den Folgen des Uranabbaus in Afrika und wurde am 5. Juni im Café Grenzbereiche in Platenlaase gezeigt.

Am zweiten Juniwochenende war eine Delegation von **Japanern** im Wendland zu Gast. Sie berichtete auf einer öffentlichen Veranstaltung über die aktuelle Situation in Fukushima und bereiste mit verschiedenen BI-Vertretern das Wendland (s. Bericht S. 10).

Schließlich wurden am 10. Juni bei der Anhörung der Umweltverbände vor dem Umweltausschuss in Berlin rund 6000 Unterschriften gegen die Endlagerpolitik der Bundesregierung überge-

ben. Mit Lärm und einem Affentheater hat die BI ihren Widerstand gegen das Gesetz kundgetan (s. Bericht S. 7).

Wegen des Hochwassers im Wendland und auf der Fahrtstrecke ließ die BI den geplanten **Soli-Treck** nach Morsleben und Magdeburg zur Unterstützung angeklagter Aktivisten ausfallen. Stattgefunden hat aber eine **Kundgebung** zum gleichen Thema vor dem Schwarzbau in Gorleben mit anschließendem gemeinschaftlichen Arbeitseinsatz im Hochwasserschutz. Wenige Stunden danach sagte das Gericht in Magdeburg seinerseits den ersten Verhandlungstermin am 10. Juni ab. Einige Tage später wurde schließlich das gesamte Verfahren gegen Auflage von Bußgeldern eingestellt.

Anja Meyer ✨

Weitere Infos im Netz:
www.bi-luechow-dannenberg.de

Abschalten vor dem GAU

27 Jahre ist die Katastrophe von Tschernobyl her, und noch immer reißen die Berichte über Kontaminationen in Lebensmitteln nicht ab. So gab es rund um den Jahrestag Meldungen von Cäsium in Marmelade und Wildfleisch aus Süddeutschland, das im Verdacht steht, auf die Atom-Katastrophe zurückzugehen. Tschernobyl war und ist nie nur ein

„Unfall“ gewesen, der sich mehrere tausend Kilometer entfernt zugetragen hat. Vielmehr hat der GAU in Tschernobyl uns alle getroffen und bewegt uns weiterhin.

Dies wurde deutlich bei der Kundgebung der Bürgerinitiative (BI) vor den Atomanlagen in Gorleben, zu der etwa fünfzig Menschen ihre ganz persönliche Sicht der Katastrophe

im Jahr 1986 schilderten. Betroffenheit, Angst, Ungewissheit und Wut wurden durch die persönlichen Erfahrungsberichte genauso offenkundig wie das Unverständnis darüber, dass immer noch Atomkraftwerke in Betrieb sind. Die Schweigeminute zum Gedenken der Opfer und der anschließende Mahn-Sonntagsspaziergang komplettierten die besondere, nachdenkliche Atmosphäre dieses Gedenktages.

Bereits eine Woche zuvor rief anlässlich des Jahrestages ein Bündnis zu einer Protest- und Kulturmeile gegen das AKW Brokdorf auf. Dem Aufruf folgte eine große Anzahl von Initiativen, die die Kundgebungsteilnehmer eingehend über die Folgen der Atomkraft aufklärten. Auch die BI war mit einem Infostand angereist und untermauerte damit die zentrale Bedeutung des Protests vor Ort. „Abschalten vor dem GAU“, war sowohl das Motto des Tages als auch die einstimmige Forderung der Menschen vor Ort. *Torben Klages* ✨



21. April 2013: Anlässlich des 27. Jahrestages des GAU von Tschernobyl demonstrierten rund 1500 Atomkraftgegner mit einer Protest- und Kulturmeile in Brokdorf.

KOMMENTAR

Das war doch klar ...

Bund und Länder konnten sich Mitte Juni nicht darauf verständigen, dass die 26 Castor-Behälter, die bis 2015 aus La Hague und Sellafield nach Gorleben gebracht werden sollten, in ein Zwischenlager in zumindest auch einem unionsgeführten Bundesland verteilt werden.

„Der Beschluss, diese Lastenverteilung bis 2014 zu vertagen, zeigt, dass der Parteienkompromiss zum angeblichen Neustart der Endlagersuche völlig hohl ist“, kommentierte die Bürgerinitiative (BI). Die Gorleben-Gegner appellierten an die niedersächsische Landesregierung, diesen Poker nicht länger mitzutragen. „Mit viel Tamtam wurde uns erklärt, dass die Lastenverteilung eine Bedingung für die Zustimmung zum Endlager-suchgesetz ist“, sagte BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. Schon in der Frage,

ob einem Gesetzentwurf zugestimmt wird, der den politisch und geologisch verbrannten Standort Gorleben fortschleppt, sei das rot-grüne Kabinett wortbrüchig gewesen, erinnerte die BI.

„Es wäre klug, wenn SPD und Grüne dieses Gesetz durchfallen lassen und stattdessen ein Rahmengesetz in die Verhandlungen einbringen, in dem lediglich die Grundzüge einer ergebnisoffenen und ehrlichen Endlagersuche festgeschrieben werden“, sagte Ehmke. Dazu gehörten in erster Linie ein vergleichendes Suchverfahren und eine qualifizierte Öffentlichkeitsbeteiligung. Gorleben müsse endlich als Endlagerstandort gestrichen werden.

„Der Union geht es nur darum, Gorleben ex post zu legitimieren“, so die Meinung von Wolfgang Ehmke.

Auch Jochen Stay, Sprecher der Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt, bemängelt die Verschiebung der Verhandlungen: „In den deutschen Atomkraftwerken werden in den nächsten Jahren noch etwa 650 Castor-Behälter befüllt. Wenn noch nicht einmal die Bereitschaft vorhanden ist, 26 Behälter aufzunehmen, dann wird auch die neue Endlagersuche scheitern – und am Ende doch wieder Gorleben übrigbleiben.“ *Andreas Conrad* ✨

Noch mehr Infos im Netz:

www.contratom.de
<http://ea-gorleben.nadir.org>
www.wendland-net.de
www.wir-gegen-fracking.de
www.indymedia.org

„EVERYTHING STOPS WITH MINING!“

Jan Becker traf Uranabbau-Kritiker Günter Hermeyer



Günter Hermeyer gehört dem Vorstand der Bürgerinitiative an und engagiert sich seit Jahren intensiv in Afrika. Er sagt: „Everything starts with mining – Atomkraft beginnt mit dem Abbau von Uran.“ Und das unter menschenunwürdigen Bedingungen und auf Kosten der indigenen Bevölkerung in den betroffenen Ländern. Für sie heißt es vielmehr: „Everything stops with mining!“

Eigentlich sind die Folgen des Uranabbaus nicht zu übersehen. Im Niger zum Beispiel, wo der französische Staatskonzern AREVA seit Jahrzehnten Uran aus der Erde holt, weht radioaktiver Staub über das Land, werden Arbeiter ungeschützt der Strahlung ausgesetzt. Die medizinische Versorgung steht unter der Kontrolle der Konzerne und verhindert so die Anerkennung von Folgeerkrankungen durch die Arbeit in den Minen. Menschen, die früher hier lebten, wurden vertrieben oder können hier nicht mehr leben, denn das Trinkwasser ist verseucht. Das

Gestein, in dem nur wenige Prozent Uran enthalten ist, wird zermahlen und sortiert, riesige Abraumhalden entstehen. Die Landschaft wird nachhaltig zerstört, denn die radioaktiven Partikel brauchen Jahrhunderte, bis sie ungefährlich werden. Von den Gewinnen durch den Verkauf des Urans zum Betrieb der Atomkraftwerke in aller Welt sieht das Land kaum etwas.

„Uranabbau hat immer etwas mit Menschenrechtsverletzung und Vertreibung zu tun“, sagt Günter Hermeyer. An Beispielen in aller Welt wird die Zerstörung deutlich: In Süddakota, USA, gibt es über 20 000 stillgelegte Uran-Bohrungen, und die Flüsse sind verseucht. Das hat natürlich sehr große Auswirkungen auf die Menschen in den Reservaten, das ist die Dritte Welt in den USA. Günter tauscht sich seit 1992, als er am „World Uranium Hearing“ in Salzburg teilnahm, mit Menschen in aller Welt aus und fordert, dass die Probleme durch den Uranabbau stärker in den Fokus auch der deutschen An-

ti-Atom-Bewegung gerückt werden sollten.

„Gott gab uns die Intelligenz, ungiftig Uran abzubauen“, meinte ein Mitarbeiter des Minenministeriums auf einer Konferenz in Mali, zu der Günter 2012 gereist war. Und solange der Norden – gemeint sind vor allem Europa und USA – das Uran weiter nachfragen, „werden wir es hier abbauen“. Zum Beispiel in Mali: Dort werden derzeit rund um das Dorf Falea, das im Grenzgebiet zu Guinea und Senegal liegt, Explorationsbohrungen gemacht. Das ganze Land ist in Planquadrate aufgeteilt worden, und auf 150 Quadratkilometern bohrt die kanadische Firma Rockgate im Auftrag AREVAs nach Uran. Die Menschen im Ort wurden darüber nicht in Kenntnis gesetzt, weder über die Bohrungen noch über die Folgen einer „open-pit“-Mine, also eines offenen Tagebaus. Danach wird das Hochland mit schönen Gärten und Wasser – für Afrika traumhafte Zustände – in dem vier Ethnien in einfachen Verhältnissen seit Jahrhunder-

ten zusammen leben, zerstört sein. Ihre Aufgabe sehen die Anti-Atom-Aktivisten in der Information der Menschen vor Ort. „Die Leute in Falea haben nicht die geringste Ahnung, was auf sie zukommt“, berichtet Günter, nachdem er das Dorf 2012 besucht hat. „Es ist im Prinzip so, dass du morgens aufwachst und es steht ein Bohrgerät neben deiner Hütte. Es gibt keine Voranfragen der Regierung und keine Informationen zu den Folgen.“ Und die Firmen gehen rücksichtslos vor: Schon heute werden Wasserlöcher mit Bohrschlamm verseucht und damit den Menschen die Lebensgrundlage genommen.

Doch wie ist diese offensichtliche Zerstörung möglich? Die meisten Politiker hätten keine Fachkompetenz, meint Günter. Sie funktionieren im Zusammenhang mit Korruption und stellen dann die nötigen Lizenzen aus. Die Menschen in den betroffenen Gebieten hätten keine Lobby und sie bräuchten neben den Informationen vor allem Unterstützung – auch aus dem Ausland.

Um eine im November in Falea stattfindende Volksbefragung zum geplanten Uranabbau zu unterstützen, hat Günter gemeinsam mit seinen Mitstreitern in aller Welt eine Kampagne auch in Deutschland ins Leben gerufen: „Falea darf nicht sterben!“ Auf der Webseite www.falea21.de werden Unterschriften und Unterstützung durch Organisationen gesammelt, außerdem sollen Städte zu Partnerschaften aufgerufen werden. So soll der politische Druck auf die Regierung Malis erhöht werden, die Volksbefragung tatsächlich durchzuführen und die Ergebnisse anzuerkennen.

Besonders ist die Souveränität des Landes aber seit Anfang 2012 durch die kriegereischen Auseinandersetzungen in Gefahr gebracht worden. Nicht zufällig sind es französische Soldaten, die dafür sorgen sollen, dass die Arbeiten von AREVA & Co. durch mögliche Terroranschläge nicht gestört werden. „Terroranschläge“ – so heißt es freilich nur in Europa und den USA. Eigentlich nämlich verteidigen die Menschen in der Sahelzone Afrikas „nur“ ihre Rechte, ihr Land und ihr Leben.



Zeugnis einer sogenannten Explorationsbohrung



Faleas (noch) unberührte wunderschöne Natur



Günters Besuch in Falea, 2012



MIT DEM ARM IM BETON

Sie gehörte zur „Besatzung“ der ersten Betonpyramide. Ihr Anwalt haute sie hinterher raus mit der Zusage: „Es ist sicher, dass sich Nadine nie wieder ankettet, so sicher wie Atomkraft ist!“ Von Franziska Behn

12. November 2006: Die Hälfte der zwölf Castorbehälter ist gerade verladen, als im Schutze der Dunkelheit in Klein Gusborn erstmalig eine gelbe Pyramide aus Beton auf der Transportstrecke abgeladen wird. Doch nicht nur das: Ehe die Polizei sie entdeckt, gelingt es vier Aktivistinnen und Aktivisten der Bäuerlichen Notgemeinschaft, ihre Arme in die Pyramide zu stecken und sich festzuketten. Diese Blockadeform taucht an diesem Tag zum ersten Mal auf und beschäftigt seitdem die Polizei bei Castortransporten immer wieder aufs Neue. Unter den Angeketteten sind auch die 18-jährige Nadine Timme und

ihre jüngere Schwester Christin. Fünf Stunden lang ist Nadine an der Betonpyramide angekettet. Fünf Stunden voller Aufregung, Emotionen und öffentlicher Aufmerksamkeit. Bitterkalt ist es in dieser Novembernacht, doch die Kälte nimmt Nadine überhaupt nicht wahr. Die vielen Leute um sie herum kümmern sich rührend um ihr Wohlergehen. Die fünf Stunden vergehen für sie wie im Flug. Als es dann soweit ist, dass die Polizei Nadine von der Pyramide löst, kann sie ihre Enttäuschung nicht verbergen. Tränen fließen ihr übers Gesicht. Denn trotz des Erfolges, die Polizei mit dieser unbekanntem Konstruktion vor eine große Herausforderung gestellt zu haben, überwiegt die Enttäuschung, dass sie viel zu schnell „befreit“ wird. Gerne würde sie noch viel länger angekettet bleiben und den Castortransport weiter aufhalten. Doch stattdessen werden sie und ihre Schwester mit dem Rettungswagen vorsorglich ins Krankenhaus gebracht.

Ein Nachspiel hat diese Aktion übrigens nicht, denn das Verfahren wird eingestellt, nachdem ihr Anwalt Martin Lemke argumentiert: „Es ist so sicher, dass sich Nadine und Christin nie wieder ankettet, so sicher wie Atomkraft ist!“ Bereits im Jahr 2008 ist Christin aber erneut an eine Pyramide angekettet...

Mit ihren 18 Jahren ist Nadine zu diesem Zeitpunkt allerdings schon ein „alter Hase“, was das Demonstrieren gegen die Atomkraft und die Castortransporte angeht. Kein Wunder, denn im Wendland aufgewachsen und mit dem Protest groß geworden, ist Nadine von Anfang an dabei. Oft begleitete sie schon ihren Vater Peter-Wilhelm Timme, der sich sehr stark in der Bäuerlichen Notgemeinschaft Lüchow-Dannenberg engagiert, mit dem Trecker zu zahlreichen Demonstrationen. Und im widerstands-Nest Metzingen, das seit über zehn Jahren bei Castortransporten als Anlaufpunkt für Demonstranten bekannt ist, ist Nadine nicht nur zur Castorzeit zu Hause. Es war also nur noch eine Frage der Zeit, bis Nadine alt genug war für eine Aktion, die über eine normale Sitzblockade hinausgeht.

Doch schon in ihren jüngeren Jahren war Nadine aktiv: Bereits als Zehnjährige saß sie auf dem Trecker und demonstrierte. Allerdings beschränkte sich dieses damals noch

auf eine von ihr organisierte Trettreckerdemo im Dorf.

Im September 2009 hingegen konnte Nadine dann mit einem richtigen Trecker und ganz alleine eine Woche lang mit dem Anti-Atom-Treck zur Demo nach Berlin mitfahren.

Und auch während ihres Auslandsaufenthalts in Australien war Nadine nicht untätig: Während die Proteste gegen den Castortransport 2011 erstmalig ohne sie stattgefunden haben, nahm sie an einem Walk gegen den Uranabbau in Western Australien teil und lief dort in einer Woche rund 100 Kilometer.

Langeweile kennt Nadine aber auch in der zurzeit herrschenden „castorfreien“ Zeit nicht: Bereits im Sommer dieses Jahres möchte sie an einem ähnlichem „Walk“ in Frankreich teilnehmen. Denn eins ist und bleibt Nadine klar:

Solange es Atomkraft gibt, solange die Frage nach einem „sicheren“ Endlager ungeklärt ist, solange die Zukunft der nächsten Generationen nicht geschützt ist, solange diese Schlacht noch nicht gewonnen ist, solange wird Nadine weiterhin demonstrieren! ✨

Straße und Schiene

Dass Pyramiden der Bäuerlichen Notgemeinschaft die Straßentransportstrecke zwischen Dannenberg und Gorleben blockierten, gab es bei den Castortransporten mehrmals. Die Polizei konnte sie alle – wenn auch erst nach mehreren Stunden – öffnen und die Angeketteten „befreien“. Doch 2011 war alles anders: Erstmals wurde eine Pyramide auf die Schwellen der Schienentransportstrecke gestellt, und das machte den Beamten richtig Kopfzerbrechen: „Die Polizei sieht sich nach derzeitigem Stand in zumutbarer Zeit nicht in der Lage, die Personen unverletzt zu befreien“, hieß es in einer schriftlichen Erklärung der Einsatzleitung. Nach über 15 Stunden im Gleisbett und langen zähen Verhandlungen mit der Polizei erklärten sich die vier Angeketteten bereit, ihre Blockade aufzugeben. Die Polizei sprach den Aktivisten ihre Anerkennung für das „durchdachte, ausgeklügelte System“ aus.



BLICKWEXEL

Rund zwei Dutzend prominente Autoren und Künstler auf den attraktivsten Bühnen Hamburgs und niemand zahlt Eintritt: Das ist „Lesen ohne Atomstrom – Die erneuerbaren Lesetage“. Im April setzten die Vortragenden ein beeindruckendes Zeichen für eine Zukunft ohne Atomenergie, für die Beschleunigung der Energiewende und gegen den Kulturmissbrauch des Atomkonzerns Vattenfall mit seinen sogenannten „Vattenfall-Lesetagen“. Mit dabei waren Jan Delay (oben) sowie Udo Lindenberg und Schauspieler Ben Becker (unten).

Verschiedene Flyer, Infobroschüren, T-Shirts und andere wendländische Widerstandsartikel können im BI-Büro telefonisch bestellt werden. Weitere Artikel findest Du auf unserer Internetseite!

www.bi-luechow-dannenberg.de

MEDIATOREN FORDERN ECHTEN NEUSTART

Eine große Zahl von Mediatoren im ganzen Bundesgebiet fordert für ein Endlagersuchgesetz einen echten Neustart mit echter Bürgerbeteiligung. Dies brachte die Gruppe kürzlich in einem offenen Brief an Bundesumweltminister Altmaier (CDU) zum Ausdruck:

Sehr geehrter Herr Altmaier, sehr geehrte Politikerinnen und Politiker aus Bundestag und Bundesrat, die Frage einer bestmöglichen Lagerung des Atommülls ist eine der größten konfliktgeladenen Herausforderungen unserer Zeit. Partei-Politik einerseits und Umweltverbände und Initiativen andererseits sind sich im Ziel einig wie selten: Alle wünschen einen wirklichen Neuanfang bei der Suche nach der bestmöglichen Lagerstätte für Atommüll! Im parteiübergreifenden Konsens (CDU, CSU, SPD, GRÜNE, FDP) wurde der Entwurf für ein Endlagersuchgesetz erarbeitet, der sich aktuell im parlamentarischen Verfahren befindet.

Die meisten Umweltverbände und Anti-Atom-Initiativen jedoch lehnen diesen Gesetzentwurf ab, da er aus ihrer Sicht einen Neuanfang in der Endlagersuche in Deutschland unmöglich macht. Sie haben erklärt, dass sie nicht am Endlager-Forum des Umweltministeriums teilnehmen werden, da sie diesem keine hinreichende Bedeutung zusprechen. Ohne die Kritiker/-innen des bisherigen Umgangs mit Atommüll ist jedoch ein zufriedenstellender gesellschaftlicher Umgang mit der Lagerung des Atommülls nicht zu leisten!

Wir unterzeichnende Expert/-innen für einen konstruktiven Umgang mit Konflikten richten deshalb heute den folgenden Appell an die Politik: Machen Sie einen Neuanfang in der Frage der Atommüll-Lagerung möglich! Gehen Sie aktiv auf die Verbände und Initiativen zu, die ihre Bereitschaft zur Mitarbeit bereits öffentlich erklärt haben!

Entwickeln Sie in einem ergebnisoffenen Dialog gemeinsam mit den Akteuren der Zivilgesellschaft ein einvernehmliches Suchverfahren, das von allen gesellschaftlichen Kräften getragen wird! Stellen Sie solange die Entscheidung über das Gesetz zurück. Schaffen Sie auf diese Weise die Basis für neues Vertrauen, das für die Endlagersuche unerlässlich ist!

Unterzeichnende

Till Baumann, Kreativ im Konflikt – theaterpädagogische Fortbildung in gewaltfreier Konfliktbearbeitung, Berlin // Christoph Besemer, Projekt Mediation, Mediator und Ausbilder für Mediation BM, Freiburg // Sascha Boettcher, Mediationskanzlei, Kappeln // Ariane Brena, Mediatorin und Ausbilderin für Mediation BM, Grimma // Dr. Maria Bosch, Praxis für Familientherapie, Systemisch-entwicklungsorientierte Familientherapeutin und Mediatorin, Birkenau // Ulrike Donat, Rechtsanwältin und Mediatorin, Hamburg // Mone Drews, Mediationsstelle Brückenschlag e.V., Mediatorin / Heilpraktikerin, Lüneburg // Bettina Engelbrecht, Friedenskreis Halle e.V., freie Trainerin für Rhetorik, Kommunikation und Konfliktbearbeitung, Halle (Saale) // Ilse Erzigkeit, Mediation planen + bauen, Mediatorin, Überlingen // Kurt und Dorothea Faller, MEDIUS GmbH, LehrtrainerIn Mediation BMWA, Münster // Susanne Fest, Mediation Fest – Kölner Institut für Konfliktmanagement, Mediatorin, Ausbilderin für Mediation (BM), Rechtsanwältin, Köln // Silke Freitag, KoMeT e.V., Mediatorin und Ausbilderin für Mediation BM, Hamburg // Dietrich Gerstner, Zentrum für Mission und Ökumene der Nordkirche, Referent für Menschenrechte und Migration, Hamburg // Regina Harms, Rechtsanwältin und Mediatorin, Hamburg // Traute Harms, Ausbilderin Mediation BM, Darmstadt // Cathrin Henke, Zieldialog, Mediatorin und Ausbilderin für Mediation BM, Unterreit (LkrMühdorf am Inn) // Gisela Holzmüller, Mediatorin, Wangen // Steffen Kanis, mediationofdiversity, Ausbilder BM, Berlin // Sabine Ketels, tbm, Mediatorin, Hamburg // Miriam Krell, Projekt K3-Konflikte Konstruktiv Klären, Trainerin, Freiburg // Isabel Kresse, Mediatorin, Ausbilderin BM, Berlin // Tammo Krüger, KoMeT e.V. Moderator und Berater für Demokratiepädagogik, Lüneburg // Ken Kupzok, freiberuflicher Trainer Konfliktbearbeitung und Demokratieförderung, Halle // Elizabeth Loehnert-Baldermann, ELB Coaching-Training-Beratung, Karlsruhe // Dieter Lünse, Leiter Institut für Konfliktaustragung und Mediation, Mediator und Ausbilder für Mediation BM, Hamburg // Jens Meier, Trainer für gewaltfreie Konfliktbearbeitung, Halle (Saale) // milan, Projekt Mediation, Mediator und Ausbilder für Mediation BM, Sulzburg-Laufen // Jochen Neumann, KURVE Wustrow, Geschäftsführer, Wustrow (Wendland) // KattyNöllenburg, Leiterin Institut für Konfliktaustragung und Mediation, Mediatorin und Ausbilderin für Mediation, Hamburg // Anja Petz, KURVE Wustrow, Geschäftsführerin, Wustrow (Wendland) // Anna Porz, Supervisorin, Mediatorin und Ausbilderin für Mediation BM, Kempenich // Sebastian Prüfer, CoachingCenterJena, Gesellschafter, Führungskräftecoach, Mediator und Ausbilder für MediaEon BM, Jena // Prof. Dr. Dr. h.c. Ortwin Renn, Institut für Sozialwissenschaften, Abteilung für Technik- und Umweltsociologie an der Universität Stuttgart, Geschäftsführer von Dialogik, Stuttgart // Dr. Alexander Redlich, Universität Hamburg, aktiver Prof. i.R., Hamburg // Michael Riehle, Dipl.-Biol., Mediator, Jockgrim // Hans-Jürgen Rojahn, Geschäftsführer des Instituts imbalance MEDIATION, Hattersheim // Guenter Ruetz-Lewerenz, Supervisor/Coach DGsv, Mediator BMWA/BM, Ausbilder und Lehrtrainer, Köln // Erwin Ruhnau, Praxis für Mediation und Supervision, Mediator BM, Meissner // Silke Sauer, Mediatorin (BM), Frankfurt a.M. // Detlef Sauthoff, Systemischer Supervisor (SG), Oldenburg // Dr. iur. Katarzyna Schubert-Panecka, BUSINESS MEDIATION & INTERCULTURAL COMMUNICATION, Karlsruhe // Roland Schüler, Geschäftsführer Friedensbildungswerk, Mediator und Ausbilder für Mediation BM, Köln // Kurt Südmersen, Orca-Institut für Konfliktmanagement und Training, Bad Oeynhausen // Olaf Schulz, Achtsame Wege, Mediator & Familientherapeut, Potsdam // Christof Starke, Friedenskreis Halle e.V., Geschäftsführer, Halle (Saale) // Cornelia Timm, Orca-Institut für Konfliktmanagement und Training, Bad Oeynhausen // Barbara Treu, Mediationsstelle BRÜCKENSCHLAG e.V., Mediatorin und Ausbilderin BM, Lüneburg // Vorstand der Mediationszentrale Hamburg e.V. // Harald Weishaupt, freiberuflicher Konfliktberater (TRANSCEND), Halle/Saale // Nikolaus Weitzel; systemischer Organisationsberater und Mediator, Kassel // Markus Wutzler, Friedenskreis Halle e.V., Trainer für konstruktive Konfliktbearbeitung und Gewaltprävention, Leipzig // Stefan Zech, interperspective Mediation, Coaching, interkulturelle Kooperation, Frankfurt a.M.



Spendenkonto
Kontonummer: 0044060721
Bankleitzahl: 25850110
Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg

**Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg**
Rosenstraße 20 • 29439 Lüchow
Mo, Mi, Fr: 9 - 16 • Di, Do: 9 - 18
☎ 05841 - 4684
buero@bi-luechow-dannenberg.de
www.bi-luechow-dannenberg.de